

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1555

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1555



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Schweizer Konzerne verletzen regelmässig Menschenrechte

Fast einmal pro Monat ist ein Schweizer Konzern im Ausland in die Verletzung von Menschenrechten oder Umweltstandards verwickelt: Eine Analyse von *Brot für alle* und *Fastenopfer* zählte in den letzten sechs Jahren mindestens 64 solcher Vorfälle, die auf das Konto von 32 Schweizer Unternehmen gingen. Diese Zahlen illustrieren die Schwäche freiwilliger Massnahmen und die Dringlichkeit der Konzernverantwortungsinitiative, welche die Unternehmen zu einer besseren Prüfung ihrer Menschenrechts- und Umweltrisiken verpflichten würde.

Schweizer Unternehmen waren zwischen 2012 und 2017 in eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen und Umweltproblemen im Ausland verwickelt. Die 64 Fälle gehen auf das Konto von 32 Firmen aus 13 Branchen. Diese gut dokumentierten Ereignisse sind indessen bloss die Spitze des Eisberges: Die vorliegende Analyse umfasst nur Fälle, die von Medien, internationalen Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs) recherchiert wurden (vgl. Kasten zur Methodologie). Die Dunkelziffer dürfte hoch sein, denn viele Missstände werden nicht richtig dokumentiert und gelangen auch nicht an die breite Öffentlichkeit.

Die Analyse zeigt, welche Firmen die höchsten Risiken eingehen, welche Branchen besonders gefährdet sind und welche Menschenrechtsverletzungen und Umweltprobleme am häufigsten vorkommen. Auffallend ist, dass bloss fünf Konzerne für

exakt die Hälfte der Fälle verantwortlich sind: Glencore, Nestlé, LafargeHolcim, Syngenta und Credit Suisse. Diese weltweit bekannten Konzerne betonen, sie nähmen ihre Verantwortung wahr und würden schon jetzt freiwillig alles tun, um Menschenrechte und Umweltstandards zu respektieren. Trotzdem kommt es regelmässig zu Problemen, die meist auch bekannt werden, da diese Firmen im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit stehen.

Rohstoffbranche klar «in Führung»

Die **Rohstoffkonzerne** verursachen mit Abstand am meisten Probleme. 19 Fälle (29 Prozent) stammen allein aus dieser Branche (vgl. Grafik 1). Mehr als die Hälfte davon (11 Fälle) hat

der Zuger Rohstoffgigant Glencore verursacht, der klare Spitzenreiter im Ranking der Übeltäter. Gut dokumentiert sind insbesondere die Probleme rund um Glencores Minen in der Demokratischen Republik Kongo und in Kolumbien. Dabei geht es um die Verschmutzung von Wasser und Böden sowie um soziale Konflikte aufgrund von Umsiedlungen oder der Kriminalisierung von Protesten.

Auf dem zweiten Rang liegen mit je sieben Fällen (elf Prozent) die **Banken** und die Nahrungsmittelindustrie. Banken beeinträchtigen Menschenrechte und Umweltstandards insbesondere durch Geschäfte mit Palmölkonzernen in Indonesien und Malaysia sowie durch Kredite und Finanzierungen im Rohstoffsektor. So vergab die Credit Suisse unter anderem Kredite für den Bau der North-Dakota-Ölpipeline, die durch das Gebiet von Indigenen führt. Eine eingehende Umweltverträglichkeitsprüfung liegt nicht vor, und die indigene Bevölkerung wurde ungenügend zum Projekt konsultiert – obschon die Uno-Erklärung über die Rechte indigener Völker dies verlangt.

In der **Nahrungsmittelindustrie** sorgte Nestlé, mit sieben Fällen die Nummer 2 auf der schwarzen Liste, für viel Konfliktstoff. Dabei geht es unter anderem um Kinderarbeit auf Kakao-plantagen in der Elfenbeinküste, um sklavenähnliche Arbeitsbedingungen in thailändischen Fischereibetrieben oder um Vorwürfe, Nestlé tue zu wenig gegen die Gewalt an Gewerkschaftern von Nestlé-Firmen in Kolumbien. In der Analyse aufgelistet sind auch der Internationale Fussballverband Fifa wegen menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf russischen Baustellen im Vorfeld der Fussballweltmeisterschaft 2018 oder die Bauerngenossenschaft Fenaco. Diese hat grosse Mengen günstiges Phosphat aus einer Mine in Marokko bezogen, wo der mangelhafte Schutz von Bevölkerung, Angestellten und Umwelt zu Krankheiten, Tod und Umweltzerstörung führen.

Umwelt vor Arbeitsrechten

In Bezug auf die Art der Vorfälle liegen die **Umweltverschmutzungen** mit 21 Prozent der Fälle auf dem unrühmlichen Spitzenplatz (vgl. Grafik 2). Beispiele dafür lieferten Glencore in der Demokratischen Republik Kongo und in Sambia oder die Zulieferer der Goldraffinerien Pamp und Metalor.

Arbeitsrechte sind in 18 Prozent der Fälle tangiert. Coop, Migros und Manor verkauften beispielsweise Pfannen und Tomaten, die in China beziehungsweise Süditalien unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und mit mangelnden Sicherheitsvorkehrungen produziert wurden. Miserable Arbeitsbedingungen herrschen auch bei Zulieferern in China, die Gläser für Schweizer Uhrenmarken (Tag Heuer, Movado und Richemont) herstellen oder hergestellt haben.

17 Prozent der Fälle betreffen die **Arbeitssicherheit** von Mitarbeitenden von Schweizer Firmen, deren Töchter oder Lieferanten. Gewerkschaften kritisieren etwa unsichere Bedingungen in Werken von LafargeHolcim und Glencore, die zu Unfällen führten (siehe auch Recht auf Leben). Problematische

Arbeitsbedingungen herrschen auch bei der Produktion von Smartphones, die von Swisscom, Sunrise und Salt verkauft werden: Bei der Herstellung wird die Chemikalie Benzol verwendet, die Krebs verursachen kann.

In elf Prozent der Fälle gerieten Schweizer Firmen mit dem **Recht auf Gesundheit** in Konflikt. Hier ist im Gegensatz zum Bereich Arbeitssicherheit nicht die Gesundheit von Mitarbeitenden der Unternehmen, sondern von Dritten gemeint. Syngentas giftiges Pestizid Paraquat ist für die meisten dieser Fälle verantwortlich. Auch Glencore-Fabriken in Peru, Kolumbien, Sambia und im Kongo haben die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner beeinträchtigt.

Das **Recht auf einen angemessenen Lebensstandard** (Nahrung, Wohnung und Kleidung) ist in acht Prozent der Fälle betroffen, zum Beispiel, weil sich Unternehmen zulasten der lokalen Bevölkerung Land oder Wälder für die Produktion von Palmöl aneigneten. Nestlé bezog Palmöl von mindestens einem dieser Unternehmen. Credit Suisse, UBS und die Zürcher Kantonalbank haben zudem Kredite an mehrere dieser Palmölunternehmen vergeben.

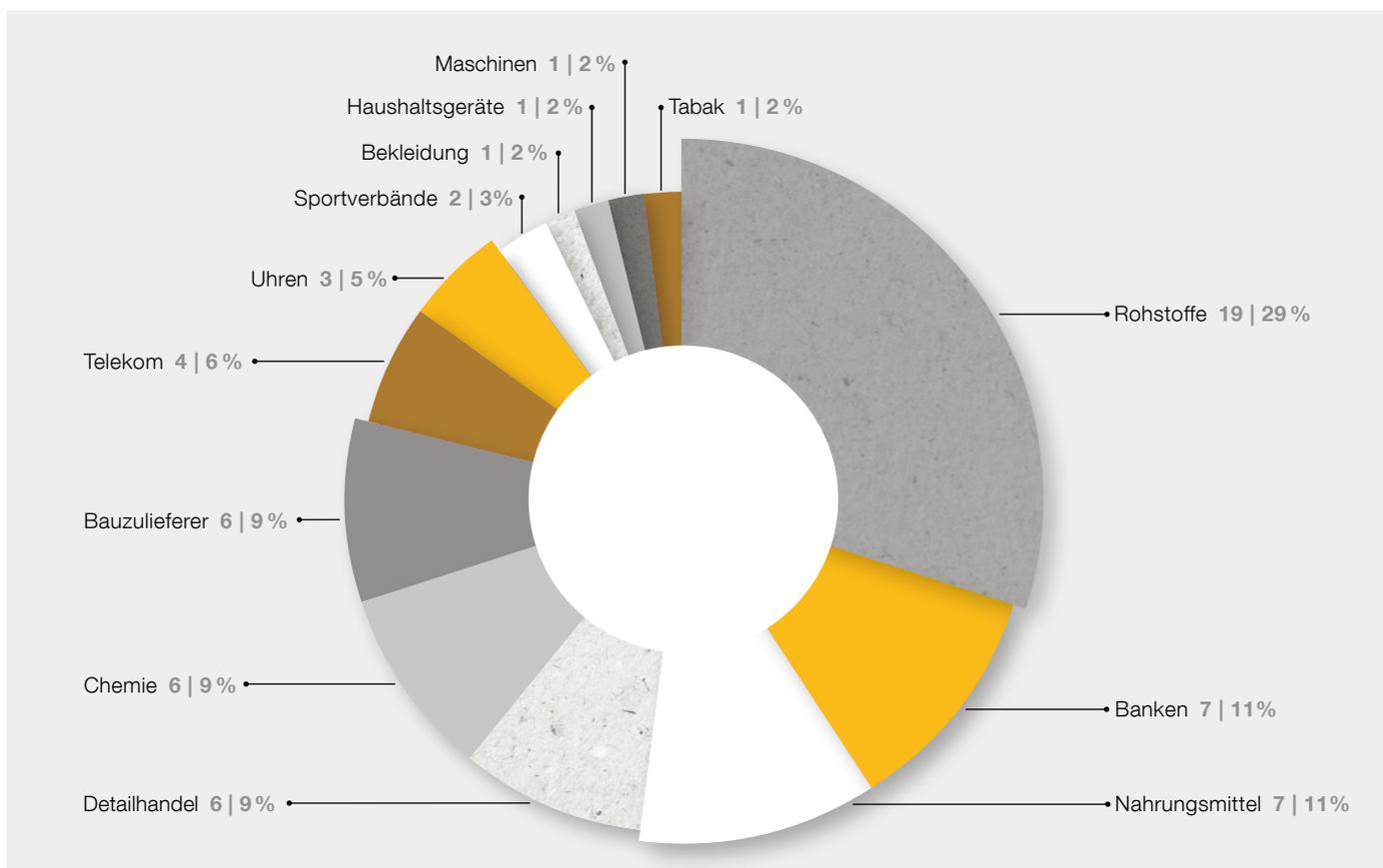
Verletzungen mit Todesfolge

Acht Prozent aller Fälle betreffen das **Recht auf Leben**. Darunter fallen Arbeitsunfälle (zum Beispiel 16 Tote in den Minen von Glencore und 86 Tote bei LafargeHolcim und ihren Lieferanten im Jahr 2016) oder Todesfälle durch die Anwendung von Pestiziden. In Indien kamen vermutlich mindestens 50 Bauern ums Leben, weil sie sich mit Paraquat vergifteten, was zu einer Klage gegen den Hersteller Syngenta führte. Wegen der Luftverschmutzung durch eine Glencore-Kupferfabrik in Sambia soll eine Anwohnerin ums Leben gekommen sein.

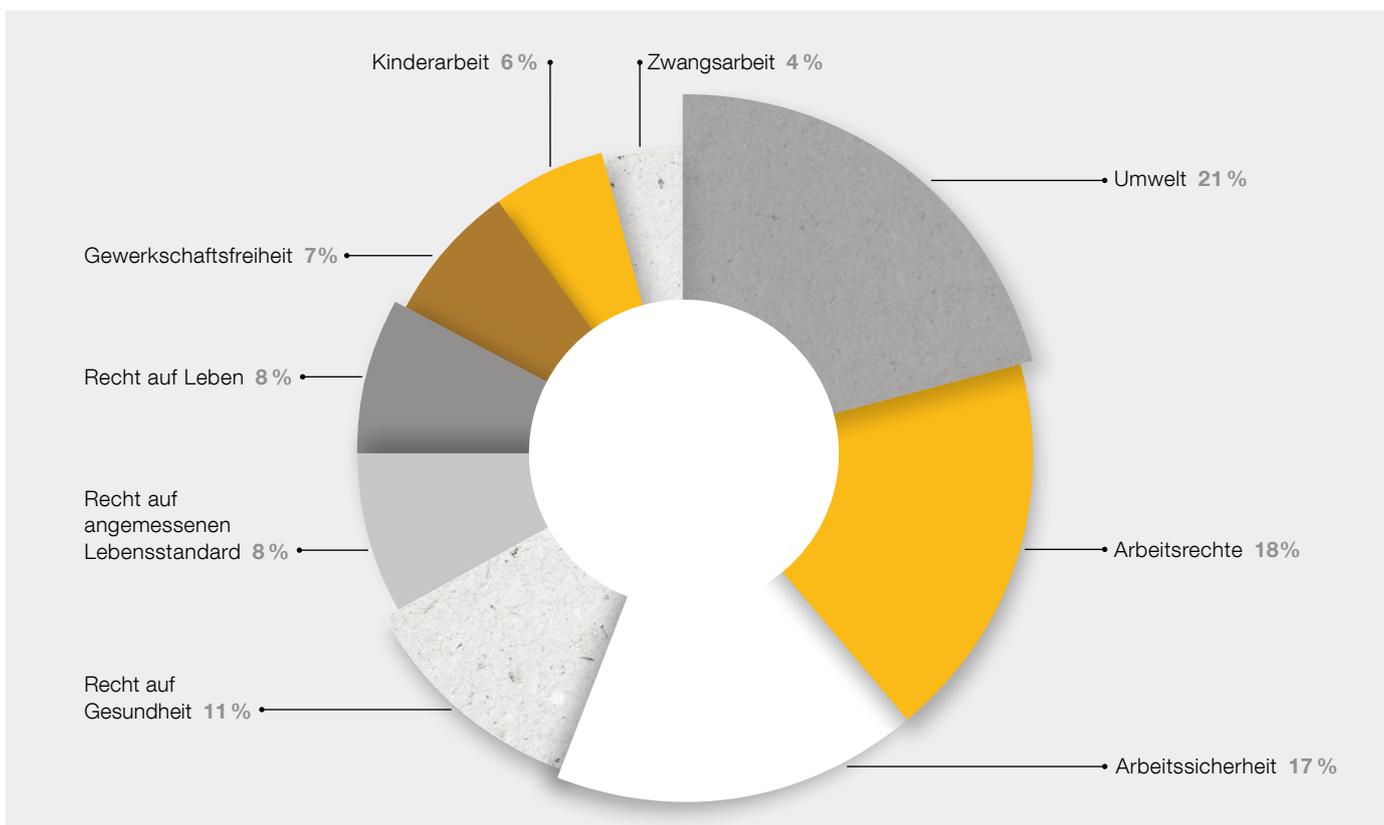
Kinderarbeit kommt in sechs Prozent aller Fälle vor, zum Beispiel auf Kakao- und Palmölplantagen der Lieferanten von Nestlé in der Elfenbeinküste und in Indonesien, bei thailändischen Fischereiunternehmen, die Nestlé belieferten (bei diesen kam es auch zu Zwangsarbeit), oder bei Rohstofflieferanten von LafargeHolcim in Uganda. Valcambi hat Rohstoffe aus informellem Bergbau in Togo bezogen, wo Kinderarbeit weit verbreitet war. Japan Tobacco International wird vorgeworfen, Tabak aus Plantagen zu beziehen, wo Kinderarbeit vorkommt.

Zwangsarbeit wurde in vier Prozent aller Fälle festgestellt. Beispiele dafür sind der Import von illegal gewonnenem Gold aus Peru, das in den Raffinerien von Pamp und Metalor landete, oder ausbeuterische Bedingungen auf den Baustellen der Fussballstadien für die Weltmeisterschaften in Russland und Katar.

Grafik 1 | Verteilung der 64 Fälle nach Branchen (Fälle | %)



Grafik 2 | Verteilung der Fälle nach Art des Vorfalls (Mehrfachnennungen möglich)



Methodologie

Diese Analyse basiert auf Fällen von dokumentierten Menschenrechtsverletzungen und/oder Umweltverschmutzungen oder von dokumentierten Vorwürfen davon, in die Schweizer Konzerne im Zeitraum 2012 bis 2017 verwickelt waren. Quellen sind Schweizer und internationale Medien¹, internationale Datenbanken², Recherchen und Berichte von Schweizer und internationalen Nichtregierungsorganisationen³ oder von Gewerkschaften⁴.

Unternehmen	Branche	Anzahl Fälle
Glencore	Rohstoffe	11
Nestlé	Nahrungsmittel	7
LafargeHolcim	Bauzulieferer	6
Syngenta	Chemie	5
Credit Suisse	Banken	3
Coop	Detailhandel	2
Fifa	Sportverband	2
Mediterranean Shipping Company	Rohstoffe	2
Migros	Detailhandel	2
UBS	Banken	2
Argor-Heraeus	Rohstoffe	1
Bata	Bekleidung	1
Compagnie Financière Richemont	Uhren	1
Fenaco	Detailhandel	1
Georg Fischer	Maschinen	1
Ineos	Chemie	1
J. Safra Sarasin	Banken	1
Japan Tobacco International	Tabak	1
Kuhn Rikon	Haushaltsgeräte	1
Manor	Detailhandel	1
Metalor	Rohstoffe	1
Pamp (MKS)	Rohstoffe	1
Mobilezone	Telekom	1
Movado Watch Company	Uhren	1
Salt	Telekom	1
Sunrise	Telekom	1
Swisscom	Telekom	1
Tag Heuer	Uhren	1
Trafigura	Rohstoffe	1
Transocean	Rohstoffe	1
Valcambi	Rohstoffe	1
Zürcher Kantonalbank	Banken	1

- 1 Unter anderem haben folgende Medien über Fälle berichtet: Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), Radio Télévision Suisse Romande (RTS), Tages-Anzeiger, NZZ, Handelszeitung, Le Matin Dimanche, Le Temps, BBC, The Guardian (Grossbritannien), Business Live (Südafrika), India Today Live (Indien), The Express Tribune (Pakistan), Mining.com.
- 2 Insbesondere Bloomberg und Business and Human Rights Resource Center.
- 3 Unter anderem haben folgende NGOs Fälle recherchiert: *Brot für alle*, *Fastenopfer*, Public Eye, Amnesty International, Solidar Suisse, MultiWatch, BankTrack, Gesellschaft für bedrohte Völker, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Sherpa, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Clean Clothes Campaign, Association Internationale des Techniciens, Experts et Chercheurs, Shipbreaking Platform, Human Rights Watch. Die Autoren danken MultiWatch, die uns freundlicherweise ihre Falldatenbank zur Verfügung gestellt hat.
- 4 Unter anderem haben folgende Gewerkschaften Fälle recherchiert: Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI), IndustriALL Global Union, Unia.

